Abgeordnetenhausberlin

Drucksache 18 / 10 757
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 17. März 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. März 2017) und Antwort

Ortsumgehung Ahrensfelde / Marzahn Nord

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie ist der aktuelle Sachstand zur Ortsumgehung Ahrensfelde? Wann ist mit einem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen?

Antwort zu 1: Der geplante Neubau der Ortsumfahrung Ahrensfelde im Zuge der B 158 ist ein Teilabschnitt einer regionalen Straßenverbindung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg (hier überwiegend) und soll der Verkehrsentwicklung entsprechend vierstreifig ausgebaut werden. Dieser Abschnitt ist Bestandteil des aktuell beschlossenen Bundesverkehrswegeplans 2030 für die Bundesfernstraßen und ist dem Land Brandenburg zugeordnet.

Die Planung des Neubaus der Ortsumgehung Ahrensfelde wird deshalb federführend durch das Land Brandenburg bearbeitet. Fortlaufend finden sowohl in Berlin als auch besonders in Brandenburg Informations- und Abstimmungsgespräche statt, um die Randbedingungen zur Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens abzustecken und eine neue Projektperspektive zu entwickeln.

Hintergrund ist, dass weder das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg noch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in der vom Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages und Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur geforderten ebenerdigen Variante eine planungsrechtliche Durchsetzungsfähigkeit sehen.

Wegen der geschilderten Problematik ist ein Baubeginn derzeit nicht absehbar.

Frage 2: Wird es eine Bürgerinformationsveranstaltung in Marzahn Nord hierzu geben? Wenn ja, wann und wo?

Antwort zu 2: Bürgerinformationsveranstaltungen in räumlicher Nähe zur Baumaßnahme werden stattfinden, sind jedoch aktuell noch nicht geplant.

Berlin, den 29. März 2017

In Vertretung

Jens-Holger Kirchner

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Apr. 2017)